

## Wer hat die Troika gewählt?

### ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Sammeln Sie die in M1 genannten politischen Institutionen und recherchieren Sie auf Basis der Infotexte (M2) weitere Informationen:

- Was ist der Zweck der Institution?
- Wer gehört ihr an?
- Wer trifft die Entscheidungen?
- Wie werden die Entscheidungspositionen besetzt?

2. Erstellen Sie mithilfe der Infotexte (M2) ein Schaubild, welches die Troika, die Programmländer, die Euro-Gruppe und das Europaparlament beinhaltet:

- Aus welchen Akteuren setzen sich diese vier Hauptakteure zusammen?
- Welche Beziehungen zwischen den Akteuren werden im Artikel genannt?

- Welche Institutionen können deutsche Bürger\_innen wählen, welche können sie mit einer Wahl indirekt beeinflussen?

- Welche Institutionen können portugiesische Bürger\_innen wählen, welche können sie mit einer Wahl indirekt beeinflussen?

3. Beurteilen Sie das Verhältnis der Troika zur Demokratie: Übt die Troika tatsächlich Macht jenseits von Kontrolle aus? Welchen Einfluss können europäische Bürger\_innen ausüben, die Lohnkürzungen in Krisenländern für falsch halten? Was denken Sie über den Vorschlag des Europäischen Parlaments, die Troika durch einen Europäischen Währungsfonds zu ersetzen?

### M1 Völlig losgelöst

*Die Troika gründet nur auf Vereinbarungen zwischen den Regierungen der Euro-Zone. Ihre Beamten üben Macht aus, die kein Parlament [...] kontrolliert. Wer kann den Aufsehern Anweisungen geben?*

1 Als die Euro-Staaten im Mai 2010 das erste Kreditprogramm für Griechenland auf den Weg brachten, trafen sie eine weitere folgenschwere Entscheidung. Die Regierung in Athen musste sich im Gegenzug einer Institution unterwerfen, die in keinem europäischen Vertrag und keiner Verfassung jemals vorgesehen war: dem Verbund aus IWF, EZB und EU-Kommission, den griechische Journalisten alsbald mit dem Begriff Troika belegten. Deren Arbeit fußt damit lediglich auf einer Vereinbarung zwischen den Regierungen [...]. In der Konsequenz geschieht alles, was die Beamten der Troika tun, juristisch gesehen außerhalb des Vertrags der Europäischen Union und ihren Institutionen. Damit sind sie nicht mal an die EU-Charta der Grundrechte gebunden.

So üben die eingesetzten Technokraten aus Brüssel, Frankfurt und Washington in den Krisenstaaten erhebliche Macht aus und sind doch keinem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig. Zwar haben die deutschen Beamten Klaus Masuch und Matthias Mors, die für die EZB und die EU-Kommission die Verhandlungen in den »Programmländern« führten, an Anhörungen im Europaparlament teilgenommen. Doch Europas Volksvertreter haben auf deren praktische Politik beim Umgang mit den Regierungen in Athen, Dublin, Lissabon und Nikosia keinen Einfluss.

Allein die Finanzminister der Euro-Gruppe können den Troika-Beamten Anweisungen geben. In der Praxis wissen aber auch die Minister oft nicht, was ihre Aufseher tun. Sie »unterstützten die Empfehlungen der Troika, ohne ihre konkreten Implikationen zu prüfen«, erklärte der frühere Vorsitzende der Euro-Gruppe und heutige Kommissionschef Jean-Claude Juncker dem Parlament. [...]

Dabei agieren die Beamten der EU-Kommission in einer bizarren Doppelrolle. Rechtlich sind sie ausdrücklich verpflichtet, die geltende EU-Verfassung, den Vertrag von Lissabon, einzuhalten. Dort heißt es aber zum Beispiel im Artikel 153, dass die EU und ihre Organe »nicht für das Arbeitsentgelt« zuständig sind, sich also aus Fragen der Lohnfindung heraushalten müssen. Als Mitglieder der Troika tun aber dieselben Beamten genau das. In allen Krisenländern erzwangen sie Reformen zur Lohnsenkung, die von der Kürzung des Mindestlohns über die Abschaffung des Kündigungsschutzes bis hin zur Aushöhlung des Tarifrechtes reichen.

Selbst diesen »Vertragsbruch«, wie der Europäische Gewerkschaftsbund befand, ließ die konservativ-liberale Mehrheit im Europaparlament aber unbeanstandet. Nach einer Untersuchung der Troika-Praxis einigten sich die Parlamentarier vor einem Jahr nur darauf, dass die Troika langfristig durch einen »Europäischen Währungsfonds« ersetzt werden soll, der dem EU-Recht und damit der parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Das allerdings würde eine Änderung des EU-Vertrags und die Zustimmung aller Regierungen erfordern. ■ Quelle: Harald Schumann, *Der Tagesspiegel* vom 22.02.15

## M2 Infotexte zu Akteuren der Krisenpolitik

### INFO

**Troika** Die Troika ist ein Zusammenschluss der Europäischen Zentralbank (EZB), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission. Zusammen verhandeln diese drei Institutionen mit Mitgliedsländern der Eurozone über die Bedingungen für Kredite aus dem Europäischen Rettungsfonds ESM und überwachen deren Umsetzung. Die Maßnahmen, die ein Land als Bedingung für einen Kredit umsetzen muss, werden in einem sogenannten »Memorandum of understanding« festgehalten und formal von der Euro-Gruppe beschlossen. Im Frühjahr 2015 wurde der Begriff »Troika« im offiziellen Sprachgebrauch durch den der »Institutionen« abgelöst.

**Europäische Zentralbank** Die Europäische Zentralbank (EZB) ist als ein Organ der Europäischen Union die Währungsbehörde für Mitgliedsstaaten der europäischen Währungsunion (Eurozone). Das vorrangige Ziel der EZB ist die Gewährleistung der Preisniveaustabilität in der Eurozone. Ein untergeordnetes Ziel ist die Unterstützung der Wirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft. Die EZB trifft ihre Entscheidungen unabhängig von Regierungen und Parlamenten. Entscheidungsgremien sind das EZB-Direktorium und der EZB-Rat. Die Mitglieder des Direktoriums werden von den Regierungen der Eurozone empfohlen und vom Europäischen Rat (also den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union) gewählt. Der EZB-Rat besteht aus dem EZB-Direktorium und den Präsident\_innen der nationalen Zentralbanken (z. B. der deutschen Bundesbank).

**Internationaler Währungsfonds** Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit der Aufgabe der Kreditvergabe an Länder mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten (z. B. Griechenland). Die Kreditvergabe des IWF ist immer an wirtschaftspolitische Auflagen gebunden, welche die Rückzahlung der Kredite gewährleisten sollen. Solche Auflagen sind z. B. Kürzung der Staatsausgaben, Steigerung der Exporte oder die Deregulierung von Märkten. Das oberste Gremium des IWF ist der Gouverneursrat. Dieser besteht aus je einer Vertreter\_in pro Mitgliedsstaat. Das Stimmrecht der (momentan 188) Mitgliedsstaaten ist nach den Kapitalanteilen gewichtet, die sie in den Fonds einzahlen. Daher sind die Staaten mit den größten Stimmanteilen die USA (16,75 Prozent), Japan (6,23 Prozent) und Deutschland (5,81 Prozent).

**Europäische Kommission** Die Europäische Kommission ist ein Organ der EU, welches die Aufgaben der Exekutive übernimmt und somit in etwa mit der Regierung eines Staates zu vergleichen ist. Sie überwacht die Einhaltung des Europarechts, kann Klage gegen EU-Staaten beim Europäischen Gerichtshof einreichen und hat das Initiativrecht im EU-Gesetzgebungsverfahren. Die unter der Leitung des Präsidenten der EU-Kommission stehenden EU-Kommissar\_innen werden von den jeweiligen Mitgliedsstaaten nominiert und dann vom Europäischen Parlament bestätigt. Kritisiert wird das Ernennungsverfahren als Teil des Demokratiedefizits der EU, da das Europäische Parlament bei der Ernennung nur ein begrenztes Mitspracherecht hat und die Kommission somit nur indirekt über die Mitgliedsstaaten legitimiert ist. In ihrer fünfjährigen Amtszeit sind die EU-Kommissar\_innen angehalten, unabhängig und im gemeinsamen Interesse der EU zu handeln.

**Programmländer** Im Zusammenhang mit der Eurokrise werden solche Staaten als Programmländer bezeichnet, die Hilfskredite vom sogenannten Europäischen Rettungsschirm (ESM, früher EFSF) bekommen haben, weil sie aufgrund hoher Zinsen am Markt nicht mehr als kreditwürdig galten. Bisher waren dies Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern. Als Bedingung für die ESM-Kredite müssen sich diese Staaten mit der Unterzeichnung eines sogenannten »Memorandum of understanding« zur Umsetzung von Maßnahmen verpflichten, die von der Euro-Gruppe beschlossen werden. Ausgehandelt und überwacht werden diese Maßnahmen – allerdings von der sogenannten Troika (siehe oben).

**Europäisches Parlament** Das Europäische Parlament (Europaparlament, EP) ist das Parlament der Europäischen Union und hat vier große Aufgabenbereiche: Erstens teilt sich das EP mit dem Rat der Europäischen Union die Gesetzgebungsfunktion, also die Verabschiedung von Gesetzen, und zweitens die Budgetierungsfunktion, also die Planung des EU-Haushalts. Drittens kontrolliert das EP die

Europäischen Kommission und den Rat der Europäischen Union und kann gegen diese vor dem Europäischen Gerichtshof klagen. Viertens schließlich wählt das EP die Präsident\_in der EU-Kommission und bestätigt die EU-Kommissar\_innen. Das EP wird alle fünf Jahre durch die Bürger\_innen der EU gewählt und ist somit das einzige direkt gewählte Organ der EU. Derzeit umfasst es 751 Sitze. Ähnlich wie der Bundestag und andere nationale Parlamente besteht auch das EP aus verschiedenen eher weltanschaulich als national orientierten Parteien.

**Euro-Gruppe** Die Euro-Gruppe ist ein informelles Gremium auf Ebene der EU, in dem die Mitgliedsstaaten der Eurozone ihre Steuer- und Wirtschaftspolitik aufeinander abstimmen. Die Länder der Eurozone sind jeweils durch ihre Finanzminister\_innen und ein\_e Beamt\_in vertreten. Vonseiten der EU sind die Wirtschafts- und Währungskommissar\_in der Europäischen Kommission, die Präsident\_in der Europäischen Zentralbank und die Vorsitzende des Europäischen Wirtschafts- und Finanzausschusses vertreten. Als informelles Gremium kann die Euro-Gruppe keine rechtskräftigen Beschlüsse fassen.



Protest gegen die Politik der Troika.  
Foto: Attac